

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3,— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Bettzeile 20 Bsp.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 255.

Mittwoch, den 30. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Österreich a. D.

Als Reich, als Staat, als Bundesgenosse — es ist aus mit den Überlieferungen einer langen und ruhmvollen Geschichte, darüber kann nachgerade nicht mehr der geringste Zweifel bestehen. Regierungen werden ein- und abgesetzt, Minister kommen und gehen, aber die Monarchie, die sie schützen und erhalten, die sie leiten und verwalten sollen, schwindet immer mehr dahin. Sie spaltet sich, löst sich auf, Ungarn trennt sich von Österreich und in diesem wie in jenem Kronland gehen die einzelnen Nationalitäten ihre eigenen Wege. Für Böhmen oder vielmehr für das tschecho-slowakische Reich besteht bereits eine von Frankreich anerkannte vorläufige Regierung mit dem Sitz in Paris, zu der nun alle großen Herren aus Prag die Ballfahrt über die Schweiz angetreten haben, die Südslawen sind mit ihrer Staatsbildung auch bereits sehr weit vorgeschritten, die Polen verhandeln nur noch mit Warschau, nicht mehr mit Wien, in Lemberg hat sich ein ukrainischer Nationalrat gebildet, und zuletzt haben sich auch die guten Deutschen zusammengetan, um aus dem allgemeinen Zusammenbruch für sich zu retten, was noch zu retten ist. Aber selbst das für stark gehaltene Ungarreich bricht auseinander. Serben, Kroaten, Slowaken scheinen entschlossen aus den Rahmen der Stephanskrone zu sprengen, und in Budapest selbst noch die Unabhängigen des Grafen Karolyi mit samt den revolutionären Arbeiterkräften an die bislang für unannehmbar gehaltene Zwangsburg des Magnatenums, während die ungarländischen Rumänen sich in Gemeinschaft mit ihren Stammesgenossen in der Bukowina von der Zentralgewalt losgelöst haben. So geht es zu Ende, muß es zu Ende gehen mit dem Staatsgebilde, für dessen Erhaltung wir vor vier Jahren zu den Waffen gegriffen haben — und wenn jetzt die Wiener Regierung um einen Sonderfrieden mit der Entente bittet, so bedeutet das nur den Schlusspunkt hinter einer Entwicklung, die nach dem inneren Zerfall Österreich-Ungarns auch zur Auflösung des Bündnisses der beiden Mittelmächte führen mußte.

Ob diese Entwicklung in ihren Anfängen noch abzuhalten, ob sie vielleicht mit geschickter Hand noch abzuwenden gewesen wäre, darüber zu streiten wäre heute ein recht überflüssiges Beginnen. Vom deutschen Standpunkt aus gesehen hätten wir wahrscheinlich gegen die Wiener Regierung manchen Vorwurf zu erheben, ohne jedoch mit Sicherheit behaupten zu können, daß eine andere Staatenpolitik auch zu anderen Ergebnissen geführt hätte. Zweifellos ist in der Einschätzung der nationalen Kräfte, in der Bewertung der internationalen Taten, die namentlich von Prag aus schon sehr frühzeitig nach Frankreich und nach Amerika hin gesponnen wurden, viel und schwer gefündigt worden. Aber wirklich entscheidend für den Gang der Ereignisse war doch wohl nur die Tatsache, daß die lange Dauer des Krieges allen umfänglichen Elementen der Donaumonarchie über jede Erwartung hinaus zugute kam, und daß sie diese Günst der Lage außerordentlich wirksam zu nutzen verstanden. Für uns heißt es zunächst, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Dabei wollen wir uns gar nicht darüber täuschen, was der Ausfall Österreich-Ungarns militärisch für unser Vaterland zu bedeuten hat. Mit dem Zusammenbruch Bulgariens gewann die Entente sofort ein neues Aufmarschgebiet gegen die Mittelmächte und ihrem türkischen Bundesgenossen, und nicht berechtigt zu der Hoffnung, daß sie der Wiener Regierung, oder wer sonst an deren Stelle von Herrn Wilson zu Verhandlungen mit den neuen Weltbauherren zugelassen wird, billigeren Bedingungen ausstellen würde. Dann müßten wir in absehbarer Zeit Schlesien, Sachsen, Bayern als bedroht ansehen und es wäre nur eine Frage des Machtaufgebots und der Kräfteverteilung, wenn diese Bedrohung sich zu einer ernstlichen Gefahr steigern würde. Noch ist es natürlich nicht so weit, und je näher unsere Verteidiger im Westen standhalten, desto länger verhindern sie auch den Aufbau neuer Kampfzonen im Süden des Reiches. Aber soviel versteht sich immerhin von selbst, daß die hier sichtbar werdenden neuen Schwierigkeiten bei der Beurteilung unserer militärischen und politischen Gesamtlage nicht übersehen werden können, und daß von ihnen auch die deutsche Friedensaktion nicht unberührt bleiben kann, die nun wohl bald zur Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen unserer Feinde führen wird. Dann wird die letzte Entscheidung über ihre Annehmbarkeit oder Unannehmbarkeit zu fällen sein — und damit auch über Bestand und Zukunft des Deutschen Reiches.

Daß das österreichische Beispiel sehr bald auch von der Türkei befolgt werden würde, war unschwer vorauszuahnen. Man hatte sogar erwartet, daß die Reihenfolge des Abfalls vom Vierbund, nachdem Bulgarien einmal vorangegangen war, eine umgekehrte sein würde. Der Austritt Enver Paschas war das erste Anzeichen; nun heißt es bereits, daß offizielle Verhandlungen mit der Entente — also nicht bloß mit Wilson — eingeleitet seien, deren Bedingungen in Konstantinopel schon vorliegen sollen. Man spricht von der Öffnung der Meerengen und der Einlaß der britisch-französischen Flotte, von der Überwachung der türkischen Demobilisation, der Bildung eines Gendarmeriekorps, der Bestrafung gewisser Personen — kurz der Sieg der Westmächte soll, ganz abgesehen von den territorialen Veränderungen, mit voller Unabwägbarkeit ausgekostet werden. Das ist bitter für die Türken, die sich tapfer geschlagen und uns vier lange Jahre hindurch die Kreuze gehalten haben. Es ist aber auch ein Vorzeichen dessen, was uns erwartet, wenn wir einen Weltfrieden hinnehmen müssen statt des Rechtsfriedens, den unsere Volksgemeinschaft anstrebt.

Ein Telegramm an Lansing.

Ergänzung des Waffenstillstandsberichts.

Wien, 29. Oktober.

Der Minister des Äußern Graf Andrássy hat an den Staatssekretär Lansing folgendes Telegramm gerichtet:

„Sofort nach Übernahme der Leitung des Ministeriums des Äußern habe ich eine offizielle Antwort auf Ihre Note vom 18. 10. abgefaßt, aus welcher Sie entnehmen werden, daß wir in allen Punkten die Grundzüge annehmen, welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen verschiedenen Erklärungen aufgestellt hat.“

In voller Übereinstimmung, zur Sicherung vor künftigen Kriegen und zur Schaffung einer Völkergemeinschaft haben wir bereits Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Österreichs und Ungarns ihre künftige Gestaltung nach eigenem Wunsch gänzlich unbehindert bestimmen und vollziehen können.

Seit dem Regierungsantritt des Kaisers und Königs Karl war es sein unentwegtes Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen. Mehr als je ist das heute der Wunsch des Herrschers und aller Völker Österreichs und Ungarns, die von der Überzeugung durchdrungen sind, daß ihr künftiges Schicksal nur in einer friedlichen Welt, frei von Erschütterungen, Bräunungen, Entbehrungen und Bitternissen des Krieges gestaltet werden könne.

Ich wende mich deshalb direkt an Sie, Herr Staatssekretär, mit der Bitte, bei dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten dahin wirken zu wollen, daß im Interesse der Humanität, sowie im Interesse aller Völker, die in Österreich und Ungarn leben, der sofortige Waffenstillstand an allen Fronten Österreich-Ungarns herbeigeführt werde und die Einleitung von Friedensverhandlungen erfolge.“

Da Graf Andrássy sich allen Forderungen Wilsons unterworfen hat, ist kaum daran zu zweifeln, daß der Waffenstillstand gewährt werden und daß die Beratung über den Frieden unmittelbar darauf beginnen wird.

Der tschecho-slowakische Staat.

Wien, 29. Oktober.

Das tschechische Böhmen hat sich gestern nachmittag unabhängig gemacht. Der Nationalrat hat die Verwaltung des ganzen Landes übernommen. Auf den Straßen werden Verbrüderungsfeste zwischen den Soldaten und Publikum gefeiert.

Der Statthalter ist nach Wien abgereist. Der Nationalrat hat den Beamten mit Handschlag den Eid abgenommen, daß sie dem Narodni Bydor gehorchen sein werden. Zwischen dem Nationalrat und dem Militärkommando ist ein Abkommen zustande gekommen, nach welchem die Soldaten nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung verwendet werden dürfen, wogegen sich der Nationalrat verpflichtet für ihre Verpflegung Sorge zu tragen. Auf dem Wenzelsplatz hielten tschechische Abordnete Ansprachen an die Menge, die nach Hunderttausenden zählte. Unablässig ertönten die Rufe: „Hoch die tschecho-slowakische Republik! Hoch Wilson!“

Am Abend erschienen der kommandierende General Feldmarschalleutnant Reiter und Feldmarschalleutnant Janantoni mit ihrem ganzen Stabe in den Räumen des tschechischen Nationalrats und übergaben die Militärgewalt in die Hände des tschechischen Nationalrats. Ein Erlass des Nationalratschusses verkündet: „Am 28. Oktober ist der selbständige Staat ins Leben gerufen worden, um die Kontinuität der bisherigen Rechtsordnung mit dem neuen Zustande aufrechtzuerhalten, Wirren zu vermeiden und den ungehinderten Übergang zu dem neuen staatlichen Leben zu regeln.“

Die Deutsch-Böhmen an den Reichskanzler.

Eine von 200 Vertrauensleuten aller Gauen und Stände Deutsch-Böhmens besuchte Versammlung in Ruffig hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die deutsche Nationalversammlung mit allem Nachdruck eine enge staatsrechtliche Verbindung mit dem Deutschen Reich herbeiführen wird.

Unsere Antwort in Washington.

Keine neue Note Wilsons.

Amsterdam, 29. Oktober.

Aus Washington wird gemeldet: Die deutsche Antwortnote gelangte in den Besitz der amerikanischen Regierung. Da sie lediglich als Bestätigung des Empfanges der Mitteilung des Präsidenten angesehen wird, erfolgt von Seiten Wilsons keine Antwort.

Die Behörden wiederholen, daß jetzt, nachdem Wilson die gesamte Korrespondenz seinen Verbündeten unterbreitet hat, der nächste Schritt durch die verbündeten Mächte in gemeinschaftlichem Auftreten stattfinden müsse. In Londoner und Washingtoner politischen Kreisen wird die deutsche Note nahezu allgemein als ein Beweis angesehen, daß Deutschland gewillt ist, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Und obgleich einige konservative englische Blätter schreiben, es sei nur eine List des Feindes, ist doch jeder überzeugt, daß die Friedensaussichten wieder viel günstiger sind.

Waffenstillstand und Friede.

Berlin, 29. Okt. (WTB) Die „Germania“ schreibt: Ein Teil der englischen Presse glaubt in dem Waffenstillstand, der der Vorläufer des zu schließenden Friedens werden soll, Deutschland erniedrigende und entehrende Bedingungen auferlegen zu können. Die Absicht dieser Blätter ist unverkennbar die, auf Wilson

einschüchternd zu wirken und zugleich das deutsche Volk durch Demütigungen zu entkräften. Wir sind überzeugt, daß diese Leute in beiden Fällen ihre Ziele nicht erreichen werden. Von Wilson glauben wir, daß er nicht darauf verzichten kann, von seinem feierlich verkündeten Programm abzugehen. Jedenfalls wissen wir aufs bestimmteste, daß das deutsche Volk entehren und seine Existenz vernichtende Bedingungen weder im Waffenstillstand noch im Frieden selbst ertragen wird. Auch unsere Feinde sollten die Wahrheit des Sprichwortes nicht vergessen, das sagt: „Uebermut tut selten gut.“ Noch ist die Kraft Deutschlands nicht gebrochen. Noch stehen unsere Heere auf feindlichem Boden. Wer die Welt wirklich ehrlich zu beglücken wünscht, darf keinen Augenblick aus dem Auge verlieren, daß es einen Rechtsfrieden und nur einen Rechtsfrieden zu schließen gilt, wie es der Reichskanzler in der Reichstagsrede vom 22. ds. Mts. über allen Zweifel klar ausgesprochen hat.

Amsterdam, 28. Okt. „Allgemeines Handelsblatt“ schreibt zur deutschen Note: Die Regierung ist offenbar grundsätzlich bereit, den Waffenstillstand im Sinne Wilsons anzunehmen. Das ist eine sehr bedeutsame Annäherung an den Standpunkt der Alliierten, weil Deutschland sich auf diese Weise auch tatsächlich den im voraus zu treffenden Friedensregelungen unterwirft. Jedoch macht die deutsche Regierung einen sehr bedeutsamen Vorbehalt. Der Waffenstillstand muß die Einleitung eines Friedens der Gerechtigkeit gemäß den Ideen Wilsons sein. Wenn die gegen Deutschland kriegsführenden Mächte zu einem solchen Frieden bereit sind, wird Deutschland sich den Bedingungen des Waffenstillstands fügen können, die gleichzeitig auch den Frieden einschließen würden, weil dann versichert sein würde, daß die militärische Uebermacht des Feindes nicht zu einer Unterwerfung der deutschen Lebensbedingungen führen wird. Daß Deutschland für den Frieden zu bezahlen haben wird, davon ist man in Deutschland jetzt schon überzeugt. Die deutsche Regierung ist zur Bezahlung bereit, wenn nur aus den auferlegten Bedingungen hervorgeht, daß nicht die Vernichtung Deutschlands das Ziel ist. Nach den Erklärungen, die stets von den verantwortlichen Staatsmännern abgegeben worden sind, kann man hoffen, daß jetzt, wo so viel gewonnen ist, der Frieden durch erniedrigende Forderungen nicht weiter verzögert wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Vorlage über die Verfassungsänderung im Weimarer Reich ist jetzt erschienen. Sie bedeutet eine vollständige Umgestaltung des Wahlrechts und der Zusammensetzung der Bürgerschaft. Die Bürgerschaft besteht künftig aus 150 Vertretern, davon werden 112 Vertreter in allgemeinen gleichen und unmittelbaren Wahlen nach dem System der Verhältniswahlen, 38 Vertreter von den Berufsgruppen gewählt. Sämtliche Vertreter der Bürgerschaft gehen aus allgemeinen gleichen und direkten Wahlen hervor. Die Vorlage wird bereits am Mittwoch in der Bürgerschaft verhandelt werden.

+ Wie die Köln. Volksztg. berichtet, hat der Erzbischof von Köln, Kardinal Hartmann an den Papst im Namen der Fuldaer Bischofskonferenz das Gesuch um Vermittlung gerichtet, damit unsere Feinde, die allem Anschein nach die deutsche Nation in ihrem Bestand bedrohen, von ihrem Plan, Deutschland zu vernichten, ablassen. Der Papst wurde gebeten, seine Autorität einzusetzen, damit ein Friede zustandekomme, der der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, und so eine Versöhnung der entzweiten Nationen ausbilden kann.

+ Die nächste Reichstagsitzung wird voraussichtlich am Montag oder Dienstag stattfinden, falls nicht neue Ereignisse die Einberufung wider Erwarten erfordern. Die polnischen Reichstagsabgeordneten gedenken den weiteren Reichstagsitzungen nicht mehr beizuwohnen. Ein förmlicher Fraktionsbeschluss liegt aber nicht vor. Man beabsichtigt damit, eine weitere Auseinandersetzung über die polnischen Ansprüche im Reichstage zu vermeiden. Die Regierung hat daraufhin die Vertreter der Polen nicht mehr zu den Beratungen über die Antwort auf die letzte Wilson-Note hinzugezogen.

+ Der Aufenthalt des ukrainischen Ministers des Äußern Doroschenko in Berlin wird etwa 14 Tage währen. Der Minister wird Staatssekretär Solz besuchen und mit ihm Besprechungen haben über das weitere Schicksal der Schwararmee und über die Bedingungen, unter welchen die Flotte der Ukraine zurückgegeben werden kann. Doroschenko wird die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Handlungsweise der Sowjetregierung lenken, die das Überschreiten der Demarkationslinie auf russisch-ukrainischer Grenze von Sowjettruppen nicht hindert. Ferner will Doroschenko besonders die deutschen Regierungskreise mit dem Verbleib der Ministerkrise und mit den politischen Aussichten des neuen ukrainischen Kabinetts in der inneren und äußeren Politik bekannt machen.

Holland.

+ Zu schweren Menterreien ist es in den letzten Tagen im Vorarlberger von Harkamp gekommen. Das zweite und dritte Bataillon des dort untergebrachten Realments

haben den Gehorsam verweigert, die Kantine geplündert, Offiziere tödlich angegriffen und fünf Baracken in Brand gesteckt. Nur mit Mühe konnte herbeigerufene Infanterie die Ordnung herstellen. Es wurde niemand verletzt oder getötet. Die Reuter, die geflohen waren, sind verhaftet. Sie geben als Grund ihres Verhaltens das schlechte Essen und die Einziehung der Urlaube an.

Spanien.

Die Lage des Kabinetts wird mit jedem Tage kritischer. Der zurückgetretene Minister Alba und der ehemalige Ministerpräsident Romanones traten in der Kammer energisch für eine entente-fremdliche Politik ein und forderten, daß die Regierung sich mit den Vereinigten Staaten ins Einvernehmen setze. Ministerpräsident Maura erklärte, das Kabinett verlange eine rasche Erledigung der dringenden Fragen und werde sich dann zurückziehen. Die nächste Regierungskrise werde aber in ihren Folgen sehr schwer sein und die ganze Nation müsse einschreiten, um sie zu lösen.

Polen.

Die polnischen Regierungskreise beabsichtigen, den Vorschlag der Mittelmächte, eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen Mark aufzunehmen, anzunehmen. Der gesamte Eisenbahnpark im Königreich Polen, der Eigentum der Mittelmächte ist, soll bis auf weiteres von den Mittelmächten ausgeübt werden. Später beabsichtigt die polnische Regierung einen eigenen Eisenbahnpark zu kaufen. Von dieser Neuordnung des Verkehrsnetzes wird naturgemäß auch die Gestaltung der künftigen deutsch-polnischen Verkehrsverbindungen in einschneidender Weise berührt werden.

Amerika.

Allem Anschein nach wird sich bei den Kongresswahlen am 5. November ein wilder Kampf zwischen Anhängern Wilsons und Roosevelts abspielen. Der Präsident hat in beiden Dämonen des Kongresses nur eine kleine Mehrheit. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß die Republikaner siegen, wodurch Wilsons Ansehen nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in der ganzen Welt erschüttert würde. Für den Fall eines republikanischen Wahlsieges darf man Roosevelt als den kommenden Mann betrachten, zumal sein Ansehen während des Krieges stark gewachsen ist.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 29. Okt. Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Reichsverfassung in der vom Reichstage beschlossenen Fassung zugestimmt.

Wien, 29. Okt. Der österreichische Minister des Innern hat verfügt, daß die periodischen sowie auch alle anderen Druckschriften einer Vorzensur vor ihrer Ausgabe in Zukunft nicht mehr unterliegen werden.

Amsterdam, 29. Okt. David, der Vorsitzende des englischen Bundes der Seelen, der Verfechter des Boykotts gegen Deutschland nach dem Kriege wurde in South Shields ohne Gegenkandidaten in das Parlament gewählt.

Sankt, 29. Okt. In hiesigen Gewerkschaftskreisen verläutet, daß ein internationaler Gewerkschaftskongress zur selben Zeit und am selben Ort, wie der Friedenskongress einberufen werden soll.

Stockholm, 29. Okt. In politischen Kreisen wächst die Besorgnis vor einem russischen Überfall. Schwedische Deere könne daher nicht vernachlässigt werden.

Stockholm, 29. Okt. Die Führer der holländischen und skandinavischen Sozialdemokratie verhandeln wegen der künftigen Einberufung eines internationalen Sozialisten-Kongresses.

Warschau, 29. Okt. Zum polnischen Finanzminister wurde Dr. Engländer ernannt, dessen Zustimmung bereits eingetroffen ist.

Der Krieg.

Die Lage an der Westfront.

Der militärische Mitarbeiter von „Stockholms Dagblad“ schreibt zur gegenwärtigen Lage: Der Gesamteindruck von der Westfront ist, daß das Gleichgewicht allmählich wieder einzutreten beginnt, teilweise hat dies natürlich seinen Grund darin, daß die Rufen, die der Rückzug im August und September in die deutschen Linien rief, langsam wieder ausgefüllt werden und daß die Verteidigungsmittel gegen die Panzerautomobile fertig sind, aber ein guter Teil dieser Entwicklung muß wohl auch der Ermattung der alliierten Truppen zugeschrieben werden. Die Reserven

an ausgerüsteten französischen und englischen Einheiten innerhalb des Frontabschnitts sind wahrscheinlich erschöpft. Amerikas Einfluß hat freilich viel bedeutet, aber es ist nicht ganz klar, wie viele von den zuletzt herübergeschickten Armeen wirklich zur Offensive taugen.

Australien und die deutschen Kolonien.

Die in London erscheinende große Zeitung „The British Australasian“ schreibt ganz entgegen der von dem Kriegsheer Mr. Hughes von der australischen Regierung aufgestellten Behauptungen, daß das australische Volk durchaus nicht beabsichtige, einseitig und selbständig über das zukünftige Schicksal der deutschen Kolonien entscheiden zu wollen. Mr. Hughes sei vollständig im Unrecht mit seinen diesbezüglichen Forderungen. Ebenso unrichtig sei seine Behauptung, daß alles, was aus den britischen Kolonien komme, zum Nachteil Deutschlands und anderer Nationen, nur für die britischen Inseln in Zukunft bestimmt sein werde. Alle Nationen werden über das Schicksal der deutschen Kolonien entscheiden, und die Ergebnisse Australiens und Neuseelands werden für alle Völker bestimmt sein.

Die Neutralität der Scheldemündung.

Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterd. Cour.“ hatte eine Unterredung mit Vassour, in der dieser versicherte, daß die englische Regierung nach wie vor in der Scheldemündung auf dem Standpunkte der Erklärungen Greys, Churchill und Cecil stehe.

Nach diesen Erklärungen hat die englische Regierung die Ansicht, die Neutralität des niederländischen Territoriums und infolgedessen auch der Scheldemündung unter allen Umständen zu respektieren. Namentlich von französischer und belgischer Seite war gefordert worden, daß das südliche Scheldedeufel, also Niederländisch-Flandern, an Belgien abgetreten würde, und gleichzeitig verlangte man, daß durch die niederländische Schelde eine Hilfsflotte der Entente nach Antwerpen fahren müsse.

Kein rumänischer Einmarsch in die Dobrudscha.

Berlin, 29. Okt. An unterrichteten Stellen wird erklärt, daß die aus Österreich gekommene und durch das Telegraphenbureau weiter verbreitete Meldung vom Einmarsch rumänischer Truppen in die Dobrudscha den Tatsachen nicht entspricht, daß Rumänien bisher vielmehr keine militärische Aktion unternommen hat.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 29. Okt. Generalleutnant Groener, der zum Nachfolger des Generals Ludendorff ausersehen ist, weilt zu Besprechungen in Berlin. Von hier aus wird er sich ins Große Hauptquartier begeben.

Wien, 29. Okt. Die Meldung, daß die österreichisch-ungarischen Truppen aus Russisch-Polen zurückgezogen werden, ist unzutreffend.

Bern, 29. Okt. Der türkische Gesandte in Bern überreichte dem französischen und dem englischen Botschafter eine Note, in der die Waffenstillstände und Frieden erbeten und die früher von der Regierung Talaat an Wilson gerichtete Note bestätigt wird.

Bern, 29. Okt. Oberst House, der Vertrauensmann Wilsons, ist in Paris eingetroffen und hat mit Clemenceau, Haig und Hoch Besprechungen gehabt. Der Oberst wird vorläufig in Paris bleiben.

Genf, 29. Okt. Der Bankier Urmann mit sämtlichen hervorragenden Mitgliedern der deutschen Kolonie in Davao wurde verhaftet und im Konzentrationslager interniert.

Amsterdam, 29. Okt. Mehrere Mitglieder der belgischen Regierung werden in den nächsten Tagen De Havre verlassen und in das geräumte Gebiet übersiedeln.

Warschau, 29. Okt. General Rozwadowski wurde zum Chef des Generalstabes der polnischen Armee ernannt.

Nicht verzagen!

Von einem militärischen Mitarbeiter.

In der feindlichen Presse, besonders in der französischen, werden in diesen Tagen immer wieder Stimmen laut, die als Vorbedingung für den Waffenstillstand die restlose und vorbehaltlose Waffenstreckung der deutschen Armee, Auslieferung eines Teils des deutschen Kriegsmaterials, Überlassung von besetzten Plätzen und Häfen, sowie Auslieferung Belgolands und eines Teiles unserer Flotte fordern. Wir stehen unmittelbar vor der Stunde, da im Verlaufe des Notenwechsels mit dem Präsidenten Wilson die Feinde ihre Bedingungen bekanntgeben werden. Dennoch ist es gut, sich mit diesen Forderungen auseinanderzusetzen.

Kapitulation, d. h. Waffenstreckung eines ungeschlagenen Heeres, wäre unerhört in der Weltgeschichte. Es ist durchaus glaubhaft, wenn es heißt, Marshall Foch hätte dem fanatischen Clemenceau gegenüber die Meinung vertreten, angesichts der militärischen Lage lasse sich die Forderung der Waffenstreckung nicht rechtfertigen. Foch ist Soldat durch und durch, er kennt die Kriegsgeschichte und weiß, daß eine überstimmte Forderung, die die Ehre einer in hundert Schlachten siegreichen Armee, die nicht vernichtet, ja nicht einmal geschlagen auf feindlichem Boden steht, anzutasten geeignet wäre, leicht Entschlüsse reifen lassen könnte, die sicher nicht im Interesse der französischen Armee und des französischen Volkes lägen. Man weiß auch in Frankreich, daß Deutschland, so heißt es den Frieden erhebt, so sehr es zum Frieden bereit ist, doch unter seinen Umständen das Joch schmähvoller Bedingungen auf sich nehmen würde. Wenn wir es aber — woran nicht zu glauben ist — mühten, so wäre ein auf solcher Grundlage zum Zwecke von Friedensverhandlungen aufgebauter Waffenstillstand gewiß nicht dazu angetan, das Ideal der Völkerverständigung, von dem ja alle unsere Feinde schwärmen, zu fördern.

Wie ist denn unsere militärische und strategische Lage? Wir haben angesichts des Zusammenbruchs aller unserer Bundesgenossen und angesichts des Scheiterns des gigantischen Kriegsplans Ludendorffs gewiß keinen Anlaß, die Gesamtlage ruhig zu übermalen. Die harte Zeit erfordert vor allen Dingen Wahrheit. Nun denn die Wahrheit, soweit sie der Fernsehende zu übersehen vermag, ist nicht sehr tröstlich; aber sie ist doch nicht danach ausgefallen, uns mit dem Willen zur Selbstvernichtung zu erfüllen. Wir haben nach einer Offensive, die, ohne ihr strategisches Ziel zu erreichen, festkam, vor gewaltiger Menschen- und Maschinenübermacht einen Rückzug antreten müssen, der dem Gegner weite Strecken eroberter Gebiete auslieferte. Die ostwärts wachsende Schelde aber hielt sich auf feindlichem Boden ab. Es geschieht jetzt das, was unsere Note an Wilson bereits zugestanden hat: die Räumung des besetzten Gebietes. Sollten unsere Feinde der Verwüstung steuern, wollten sie Belgien und das vom Kriege noch unberührte Nordfrankreich schonen, so mühten sie für schnellen Waffenstillstand sein, wenn anders sie nicht entschlossen sind, den Krieg um jeden Preis mit den Waffen zu beenden.

Unsere Westfront ist nicht zerbrochen, nicht durchbrochen. Sie ist methodisch unter starkem Widerstand auf rückwärtige Linien zurückgegangen und nähert sich mehr und mehr ihrer eigentlichen Kraftquelle, der Heimatgrenze. Nun besteht allerdings die Möglichkeit, daß wir in absehbarer Zeit einer neuen Ostfront gegenüberstehen. Aber auch dann wäre die Gefahr nicht größer, als wir sie schon zu Anfang des Krieges überwunden haben. Ein Wort Friedrich des Großen erscheint hier am Platze, das sich in seiner „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“ findet: „Das Scheitern so vieler Veruche, Unterhandlungen anzuknüpfen, überzeugte den König immer mehr von der Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Umständen etwas von den europäischen Höfen zu erlangen. Die Gewalt der Leidenschaften beherrschte die Geister, und die Erregung der Gemüter war noch zu heftig, als daß sie sich hätten beruhigen lassen. Um mit Ehren aus dem verhängnisvollen Kriege hervorzugehen, blieben dem König nur zwei Bundesgenossen: Tapferkeit und Beharrlichkeit.“ So stand der große Friedrich 1759/60. So etwa stehen wir heute.

Wenn wir auf der einen Seite nicht verzagen, wie schwierig unsere Lage ist, so wollen wir auf der anderen Seite aber auch und freudig zu den Worten bekennen „Tapferkeit und Beharrlichkeit.“ Mit diesen Tugenden wird Deutschland alles meistern, was das Schicksal ihm vorbehalten hat.

Vom Tage.

Der Kaiser.

Köln, 28. Okt. Nach einem Bericht des „Köln. Ztbl.“ erklärte Reichstagsabgeordneter Ruchhoff in der Kölner Zentrumsversammlung, er könne aus bester Quelle versichern, daß der Kaiser nicht an der Krone klebe. Wenn der Augenblick kommen sollte, wo seine Abdankung zum Besten des Volkes erforderlich wäre, würde er nicht zögern, seine Krone niederzulegen.

Die Waffenstillstandsvorschläge der Entente erwartet.

Berlin, 29. Okt. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Note der Entente mit den Waffenstill-

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

32 Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Er erzählte, daß Gräfin Gerlinde mit ihm angekommen sei, und daß er ein Telegramm seines Bruders vorgelesen hatte, der seine Ankunft in der siebenten Stunde anmeldete. Und dann hat er Josta und ihren Vater, mit ihm nach Palais Ramberg zu fahren, damit er sie mit der Gräfin Gerlinde bekannt machen könne.

Der Minister kannte die Gräfin allerdings schon. Sie hatte vor Jahren verschiedene Male die Hofseite mit Graf Rodius besucht. Josta war damals noch nicht gesellschaftsfähig gewesen. Die Bekanntschaft war indes auch für den Minister nur eine flüchtige gewesen.

Sowohl er wie auch seine Tochter waren sofort bereit, die Gräfin aufzusuchen. So bestiegen die drei Personen nach kurzer Zeit den Wagen und fuhren nach Palais Ramberg.

Das war ein großes graues Gebäude. Es lag in der Promenadenstraße der Residenz, durch große Parkanlagen von der Straße getrennt.

Unverkennbar hatte Palais Ramberg eine Ähnlichkeit mit Schloß Ramberg. Es war gleichsam eine kleine Kopie desselben und bestand gleichfalls aus dem Mittelbau und zwei Seitenflügeln. Die Fenster des Mittelbaues waren durch balkonartige Seitenbalustraden miteinander verbunden. Auch die innere Einrichtung erinnerte etwas an Schloß Ramberg, nur fand man hier nicht die hohe, riesige Halle, sondern ein mächtig großes Vestibül, das nur die Höhe eines Stockwerkes hatte.

Gräfin Gerlinde hatte ihre Toilette beendet und stand verstoßen hinter den Spitzenstores am Fenster ihres Zimmers. Sie wollte ihre Nebendürlerin gesehen haben, ehe sie ihr gegenübertrat. Aber sie konnte nur Jostas schlanke, vornehme Erscheinung im Fluge erfassen. Das Gesicht verbergte ihr der große den Josta trug.

Mit zusammengekauerten Knieen und fest auf das Herz gepreßten Händen blieb sie nun mitten im Hin-

mer stehen, bis ein Diener den Besuch meldete. Sie neigte nur das Haupt.

Dann maß sie noch einmal mit kritischen Blicken ihre eigene Erscheinung im Spiegel. Sie konnte zufrieden sein. Mit stolz erhobenem Haupt, in wahrhaft königlicher Haltung schritt sie hinüber in den Empfangsalon.

Sie war sehr bleich, aber trotzdem sinnverwirrend schön mit dem seltsam leuchtenden Augen und den roten, brennenden Lippen.

Sie trug ein kostbares Spitzenkleid über einem Unterfrock von weißem Seidentrepp und ihr goldblondes Haar war sehr leidsam und anmutig geordnet. Und nun standen sich die beiden Frauen zum ersten Male gegenüber. Josta war nur ein wenig kleiner als die Gräfin, da sie aber schlanker war, wirkte sie ebenso groß. Auch Josta war eine schöne, bezaubernde Erscheinung, die durchaus nicht neben Gräfin Gerlinde verblähte. Im Gegenteil, der unberührte Jugendschmelz, die warmblühenden dunklen Augen und das liebe, sonnige Lächeln hätten ihr unbedingt zum Siege verhelfen müssen, wenn man einer dieser Frauen hätte einen Preis zusprechen wollen.

Gräfin Gerlinde war bis ins Herz hinein getroffen durch Jostas Liebreiz und Schönheit. Wenn etwas ihren Haß und Groll noch hätte steigern können, so wäre es das Bewußtsein gewesen, daß Josta mindestens so schön war, als sie selbst. Und für einen Moment verlor sie die Herrschaft über sich. Ihre Augen leuchteten eine Sekunde in so unerschütterlichem Haß in die Jostas, daß diese unwillkürlich wie im Frost zusammenschauerte und zusammenzuckend einen Schritt zurücktrat.

Aber Gerlinde war eine Meisterin in der Vertuschung. Sie hatte sich sofort wieder in der Gewalt und mit ihrem süßen, sanften Lächeln trat sie auf Josta zu und zog sie, ohne auf ihre leise, inständige Abwehr zu achten, in ihre Arme.

Es darf zwischen uns keine kalte, zeremonielle Höflichkeit geben, meine liebe Josta. Wir sind nicht nur Verwandte geworden durch Ihre Verlobung mit Rainer, sondern Sie müssen sich auch, wie Rainer, meine herzliche Freundschaft gefallen lassen. Wollen Sie?

Josta sah mit unterhöhltem Besremden in das hohle Gesicht der Gräfin, als suche sie noch den fest verschürrenden, hahersüßlichen Blick. Aber da sie nichts als eitel Freundschaft sah, schalt sie sich arglos und ließ eine Lächeln. Was hatte sie da für ein unsinniges Empfinden gehabt?

Sie hielt es nun selbst für eine Täuschung. Warum sollte sie auch Gräfin Gerlinde hassen? Vielleicht, weil sie nun in Zukunft ihre Stelle als Herrin von Ramberg einnehmen sollte? Aber nein, dafür konnte sie doch nicht! Diesen Platz hatte die Gräfin doch schon bei dem Tode ihres Gemahls verloren. Und Rainer hatte sie ihr doch als eine so vornehme, hochgestante und gütige Frau geschildert. Nein, nein, nein — sie mußte sich getäuscht haben.

Fast kam es ihr wie ein Unrecht vor, daß sie trotzdem kein Herz fassen konnte zu der schönen Frau. Aber sie mußte sich zwingen, ihr freundlich zu begegnen.

„Sie sind sehr gütig, Frau Gräfin. Ich danke Ihnen sehr, daß Sie mich Ihrer Freundschaft für wert halten wollen“, sagte sie unsicher.

Gräfin Gerlinde lachte. Es war ein sprödes Lachen, durch das die Unnatur klang. Josta hörte das heraus, und die warnende Stimme in ihrem Innern, die sie nicht Vertrauen fassen lassen wollte zu dieser Frau, wurde noch lauter und stärker als zuvor. Hatte sie nach ihrem eigenen Willen tun können, so hätte sie energisch die angebotene Freundschaft abgelehnt, aber Rainer zuliebe beherrschte sie sich und bezwang sich zu einem freundlichen Gesicht, als die Gräfin erwiderte:

„Dann streichen wir auch gleich die Gräfin und das heißt Sie aus unserm Verkehr. Wir wollen doch nie treue Freundinnen und Schwestern in Ramberg zusammenleben. Rainer und ich, wir haben uns doch schon ausgemacht. Also willst du — liebe Josta?“

Josta sah zu Rainer hinüber, der ihr lächelnd umlachte. Was hätte sie nicht getan, um ihm eine Freude zu machen! Sie mußte, er hielt viel von Gräfin Gerlinde. Also mußte sie sich auch auf einen freundlichen Standpunkt mit ihr stellen.

Sie bezwang ihr lässliches Unbehagen und legte ihre Hand in die der Gräfin.

Bedingungen noch am heutigen Tage hier eintreffen werden.

Entscheidungen für die deutsche Kriegsanleihe in der Ukraine.
Berlin, 19. Okt. In Charkow und Umgebung macht eine starke Anteilnahme für die 8. deutsche Kriegsanleihe sich geltend, die sich in einer künftigen Zahl von Zeichnungen kleinerer und größerer Beträge durch Angehörige der verschiedenen Berufsstände äußert.

Deutschland über Österreichs Note nicht unterrichtet.

Berlin, 20. Okt. Von österreichischer Seite ist die Behauptung aufgestellt worden, daß Graf Andrássy die Note an Wilson erst abgesandt habe, nachdem er sich des Einverständnisses Deutschlands versichert hatte. Diese Angaben österreichischer Zeitungen entsprechen nicht den Tatsachen. Richtig ist vielmehr, daß wir durch die Abwendung der Note vor einer unbedachten Tatsache geschützt worden sind. Die Gesamtsage in Österreich-Ungarn spricht dafür, daß die Note unter dem Druck des Grafen Karolyi in einer Form abgesandt wurde, über die man sich mit uns vorher nicht verständigt hatte.

Entzückung der Deutsch-Österreicher.

Wien, 20. Okt. Die deutschnationalen Parteien haben der die Art und Weise, wie Graf Andrássy die Note Wilsons beantwortete, höchste Entzückung ausgedrückt, da er sich weder mit der deutschen Reichsregierung noch mit einem Vertreter des deutschen Völkerausschusses vorher ins Einvernehmen geeinigt habe. Er habe so gehandelt trotz Entgegenkommens der deutschen Reichsregierung in der Verfolgung Deutsch-Österreichs und trotz der Hilfe deutscher Soldaten in den Alpenländern und den Karpaten für die Verteidigung Österreich-Ungarns. Die Deutschnationalen werden darauf dringen, daß das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Österreichs unbedingt gewahrt und der Frieden im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich durchgesetzt werde.

England verhandelt nur mit Andrássy.

Wien, 20. Okt. Von der englischen Regierung wurde erklärt, daß sie mit keinem anderen als dem Grafen Julius Andrássy verhandelt werde.

Graf Wedel über Österreichs Sonderangebot.

Wien, 20. Okt. Der deutsche Botschafter, Graf Wedel, äußerte sich über die österreichisch-ungarische Note: Wir in Deutschland streben ohne weiteres Blutvergießen einen Waffenstillstand mit anschließendem Frieden an. Um so mehr hat es uns überreicht, daß ganz plötzlich der erste Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung, ohne daß wir über den Inhalt informiert worden waren, angekündigt wurde und wir dadurch vor eine vollzogene Tatsache gestellt wurden. Ich glaube, daß es auch im Interesse Österreichs gelegen wäre, wenn wir uns gemeinschaftlich an den Friedensstillstand gelehrt hätten.

Die Entente gegen den Sonderfrieden.

Haag, 20. Okt. Handelsblaub meldet aus Paris: Es ist anzunehmen, daß die Entente den Waffenstillstand genehmigen wird, wenn die militärische Oberbefehlshaber davon raten. Es ist aber unwahrscheinlich, daß man von Paris aus Besprechungen über einen Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn führen wird: einmal bietet die gegenwärtige österreichische Regierung zu wenig Bürgschaft für ihren Bestand, und außerdem wird ein Sonderfrieden von der Entente überhaupt nicht beabsichtigt.

Der regierende tschechische Nationalrat.

Prag, 20. Okt. Post und Telegraph sind bereits in den Händen der neuen Regierung. Das erste Gesetz des Nationalrats bestimmt, daß alle bisherigen Gesetze und Verordnungen, alle Behörden und Ämter der Oberhoheit des Nationalrats unterstehen.

Übergabe Piumes an die Kroaten.

Budapest, 20. Okt. Beauftragte der ungarischen Regierung in Piume haben Stadt und sämtliche Ämter den Kroaten übergeben.

Möglichkeit des Waffenstillstandes.

Basel, 20. Okt. Der „Matin“ und der „Temps“ schreiben: Die allgemeine Lage enthält für Frankreich die Möglichkeit des Waffenstillstandes. Im jetzigen Zeitpunkt ist es aber nicht angebracht, die Zweckmäßigkeit dieses Schrittes öffentlich zu erörtern.

Die Schlacht am Piave.

Wien, 20. Okt. Der österreichische Seeresbericht meldet, daß die Schlacht am Piave weiter tobt. Der Feind zog erhebliche Verluste hin. Die österreichischen Stellungen wurden nicht durchbrochen, doch wurden in der Nacht die am stärksten angegriffenen Truppenteile der österreichischen Front in eine weiter rückwärts gelegene Linie zurückgenommen.

Beratungen zwischen Poincaré und Clemenceau.

Paris, 20. Okt. Der amerikanische Beauftragte Oberst Poincaré hatte ebenfalls eine lange Beratung mit dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.

Die französische Jahresklasse 1920.

Paris, 20. Okt. Auf Grund von Beschlüssen des parlamentarischen Ausschusses und der Regierung wird die Einberufung der Jahresklasse 1920 erst im nächsten Frühjahr erfolgen.

Ukrainische Mission in Amerika.

New York, 20. Okt. Im Laufe dieser Woche wird sich eine außerordentliche diplomatische Mission der Ukraine nach den Vereinigten Staaten begeben. Die den Auftrag hat, die Öffentlichkeit in Amerika in möglichst großem Umfang mit den in der Ukraine herrschenden Stimmungen, mit der Tätigkeit der ukrainischen Regierung und ihren Ansichten über die internationalen Fragen bekannt zu machen.

„Hörst du, Rainer? Deine Braut verliebt sich selbst. Das darfst du nicht leiden. Mit so klugen Augen ist man nicht unbedeutend, liebe Josta. Rainer hätte sich ganz sicher keine unbedeutende Frau erwählt, dazu hat er zu viel Respekt vor klugen Frauen. Und überhaupt — wer einen so geistvollen, bedeutenden Vater hat wie du — Erzellenz — ich sage nichts weiter.“

So freute Gräfin Gerlinde grazids nach allen Seiten Komplimente aus, und Josta mußte sie wider Willen bewundern.

Auch seine Erzellenz warf einen bewundernden Blick auf die schöne Frau.

„Wollen Sie sich aber nicht lustig machen, gnädigste Gräfin?“ fragte er scherzend.

Sie hob abwehrend die Hände und sah ihn mit ihrem süßesten, sanftesten Lächeln an.

„O Erzellenz, das ist zu viel Bescheidenheit für einen so bedeutenden Staatsmann.“

Er lachte herzlich.

(Fortsetzung folgt.)

Bankkonkurrenz amerikanischer Bankiers.

Berlin, 20. Okt. Nach New Yorker Meldungen will eine Gruppe leitender amerikanischer Bankiers ein internationales Bankkonkurrenz gründen, um nach Friedensschluß die Kontrolle über die Finanzen der ganzen Welt zu erlangen.

Vorläufig kein Abbau der Schnellzugzuschläge.

Berlin, 20. Okt. In den Zeitungen findet sich die Mitteilung, daß die deutschen Eisenbahnen einen Abbau der Verteuerung der Schnellzugfahrpreise zum 1. April 1919 durch Verabreichung um 50 % beabsichtigen. Die Nachricht ist unzutreffend. An zuständiger Stelle ist von einer solchen Absicht nichts bekannt. Die Verteuerung der Schnellzugpreise ist so gehalten, daß ihre Beseitigung jederzeit ohne weiteres möglich ist. Sie ist denn auch in Aussicht genommen, sobald die Betriebsverhältnisse es zulassen. Leider ist die Betriebslage zurzeit schwieriger denn je.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Fremdenverkehr und bayerischen Bädern.** Dem Verkehr nach ist eine völlige Ausschaltung des Fremdenverkehrs in den bayerischen Bädern beabsichtigt, und Kurorten zu erwarten. Der Bundesratsausschuß hat längst auf einen Antrag Bayerns eine Änderung der Richtlinien über den Fremdenverkehr beschlossen, die eine zeitweise völlige Ausschaltung des Fremdenverkehrs ermöglicht. Der Antrag ist von Bayern bereits vor vier Wochen an das Kriegsernährungsamt gestellt worden. Er soll Ernährungsmaßnahmen vorbeugen. Für Kranke mit ärztlichem Ausweis gilt die Sperre nicht, doch werden nach dieser Richtung die Vorschriften strenger als bisher gefaßt werden.

* **Reinhalten für Kriegsbeschädigte in Schaumburg-Lippe.** Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe hat 200 000 Mark mit der Bestimmung zur Verfügung gestellt, daß damit in erster Linie den kriegsbeschädigten Landeskindern Heimstätten errichtet werden, oder in sonst geeigneter Weise über die Not der Zeit hinweggeholten wird. Gleichzeitig ist der Fürst bereit, Baugebäude aus seinem Besitz zu diesem Zweck unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

* **Eine Landesstelle für Spinnpflanzen in Preußen.** Das Landwirtschaftsministerium errichtet worden, da die außerordentliche Bedeutung der heimischen Spinnfasererzeugung und die Notwendigkeit, die heimische Erzeugung zu steigern, auch in Friedenszeiten eine umfangreiche Tätigkeit auf landwirtschaftlichem Gebiet erforderlich macht. Die Landesstelle für Spinnpflanzen ist zunächst dazu berufen, die provinziellen Einrichtungen für die Spinnpflanzen, die von dem Landwirtschaftsministerium bereits eingeleitet sind, durchzuführen und die einzelnen Provinzialverwaltungen zusammenzufassen.

Ausgabe der 8. Kriegsanleihe.

Berlin, 20. Oktober.

Die Tatsache, daß die Stücke der 8. Kriegsanleihe teilweise noch nicht in die Hände der Zeichner gelangt sind, hat Anlaß zu allerhand törichten Gerüchten gegeben. Selbstverständlich liegt auch für diejenigen Zeichner der 8. Kriegsanleihe, die ihre Stücke bisher noch nicht empfangen haben, ein Grund zur Besorgnis nicht vor. Im übrigen sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Ausgabe sämtlicher Stücke der 4 1/2 %igen Reichsschatzanweisungen und der Stücke von 100 Mark bis einschließlich 1000 Mark der 5 %igen Reichsanleihe an die Reichsbankanstalten zur Weiterleitung an die Vermittlungsstellen und Zeichner bereits erfolgt ist. Die noch fehlenden Stücke der 5 %igen Reichsanleihe zu 2000, 5000, 10 000 und 20 000 Mark dürften bis Ende November d. J. zur Ausgabe gelangen. Außerdem bleibt zu beachten, daß diejenigen Zeichner auf die 8. Kriegsanleihe, die zurzeit noch nicht im Besitz endgültiger Stücke sind, auch jetzt noch durch Vermittlung ihrer Zeichnungsstellen Zwischenheine (Interimsheine) erhalten können, die sich ebenso wie die endgültigen Stücke jederzeit verkaufen und bei den Reichsbankanstalten beileihen lassen.

Die Ausgabe der Stücke für die 9. Kriegsanleihe wird ebenso, wie dies bei der 8. Kriegsanleihe geschehen ist, nach Möglichkeit beschleunigt werden. Dabei wird wiederum darauf Bedacht genommen werden, daß die kleinen Zeichner der 5 %igen Reichsanleihe (von 100 bis 500 Mark), die im Gegensatz zu den Zeichnern von 1000 Mark und mehr keine Zwischenheine bis zum Empfang der endgültigen Stücke erhalten, ihre Stücke zuerst bekommen. Diese werden mit möglicher Beschleunigung fertiggestellt und voraussichtlich im April n. J. ausgegeben werden. Während Zeichner von Stücken der 5 %igen Reichsanleihe unter 1000 Mark ihre bereits bezahlten, aber noch nicht gelieferten kleinen Stücke bei einer Darlehnskasse des Reiches zu beileihen, so können sie die Ausfertigung besonderer Zwischenheine als Verpfändung bei der Darlehnskasse beantragen; die Anträge sind an die Stelle zu richten, bei der die Zeichnung erfolgt ist. Diese Zwischenheine werden nicht an die Zeichner und Vermittlungsstellen ausgehändigt, sondern von der Reichsbank unmittelbar der Darlehnskasse übergeben.

Daß die Fertigstellung nicht schneller vor sich geht, erklärt sich aus der großen Zahl der zu druckenden Anleihestücke (bis jetzt mehr als 60 Millionen) und aus der Sorgsamkeit, mit der im Hinblick auf den Wertpapiercharakter der Stücke bei deren Druck unbedingt verfahren werden muß.

Aus Nah und Fern

Herborn, den 30. Oktober 1918.

* Das Eisene-Kreuz 2. Klasse erhielt der Landsturmann Wilhelm Esch und der Kraftfahrer Willy Hild, beide von hier.

* Die hiesigen Schulen bleiben für diese Woche geschlossen.

* Die am 1. Januar fälligen Zinsheine werden schon jetzt bei allen Postanstalten in Zahlung genommen. Den Besitzern von Anleihestücken wird dringend empfohlen, zur Behebung der Zahlungsmittelknappheit die Zinsheine baldigst in Verkehr zu bringen.

* (Der Zigarrenwucher.) Auf keinem Gebiete wird eine so skrupellose Preistreibeerei angewandt, wie bei den Zigarren. Nicht die Fabriken, nicht die Detailhändler sollen an diesen Zuständen die

Schuld tragen, sondern ein gewissenloser Zwischenhandel, der sich in den Besitz großer Warenmengen gesetzt hat und sie zu Preisen anbietet, die in gar keinem Verhältnis zu ihren Einkaufspreisen stehen. Wie von einem der genauesten Kenner des Fachs, der selbst einer der größten Zigarrenhändler Deutschlands ist, mitgeteilt wird, gehen ihm täglich aus den Kreisen des Zwischenhandels zahlreiche Offerten zu, durch die ihm Zigarren, die noch nicht 30 und 40 Pfennig wert sind, zu Preisen angeboten werden, die ihm nicht gestatten würden, sie unter 2, 3, ja 6 Mark das Stück zu verkaufen. Die so vom Zwischenhandel angebotene Ware kommt dabei in solchen Mengen auf den Markt, daß oft an einem einzigen Tage der verlangte Wert der angebotenen Menge über eine Million Mark beträgt. Gleichzeitig aber ist nicht minder gute Ware, allerdings in kleineren Mengen, zu 20, 30 und 40 Pfennig das Stück von den Fabriken zu haben. Weil diese Mengen bald erschöpft sind, strömt das Publikum zu den Geschäften, die vom Zwischenhandel gekauft haben und bezahlt jeden von ihm verlangten Preis. Diese Preissteigerung ist umso unbedeutender und ungefunter, als nach sicheren Informationen sehr beträchtliche Mengen von Tabak noch in Holland lagern, die, sobald die Friedensverhandlungen beginnen sollten, auf den deutschen Markt kommen. Das Publikum muß deshalb gewarnt werden, in der Furcht, daß der Zigarrenmangel noch lange nach dem Frieden fortauern werde, zu den wahnwitzigen Preisen, die jetzt vielfach verlangt werden, größere Einkäufe zu machen.

Montabaur. Zwecks Versorgung der Kreis-eingezeichneten mit preiswerten Möbeln ist zwischen dem Untermerwäldkreis und den Möbelfabrikanten Gebr. Philipp und Gebr. Hermes in Montabaur eine Vereinbarung getroffen worden, wonach letztere sich verpflichten, Möbel zu angemessenen Preisen zu liefern. Der Preis für Küchen-einrichtungen ist auf 290, 380 und 550 Mark, für Schlafzimmer auf 630, 750 und 850 Mark, für Wohnzimmer auf 300 Mark und höher festgesetzt.

Höchst a. M. Für die Dauer des Krieges wurde von den Stadtverordneten ein Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe genehmigt. Hiernach muß die Sonntagsruhe in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes innegehalten werden, während in Kontoren usw. sonntägliche Arbeitsleistungen gefordert werden dürfen. Das Statut wurde gegen eine erhebliche Opposition angenommen.

Griesheim a. M. Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, die an der Spitze der Vereinigten Aluminium-Werke steht, erwirbt an der preussisch-sächsischen Grenze ein größeres Gelände zur Erbauung eines Aluminium-Werkes.

Vom Main. Die Schifffahrt zeigt seit einigen Wochen eine steigende Belegung, die sich besonders in der Verladung großer Kohlenmengen nach den bergwärts gelegenen Umschlagplätzen und dem regen Floßverkehr nach dem Rhein kundgibt. Der Kohlenverkehr auf dem Wasserwege nach Österreich, besonders den Balkanländern hat aufgehört und kommt mit dem deutschen Binnengebiet zu gut.

Niedersephen. Am nächsten Donnerstag, 31. Okt., feiert Frau Marie Hofmann geb. Löhning hiersebst in verhältnismäßig großer körperlicher und geistiger Frische ihren 100. Geburtstag.

Trauerkleidung. Wiederholt ist schon von berufenen Stellen darauf hingewiesen worden, daß in der jetzigen Zeit der Knappheit an Rohstoffen, auf Trauerkleidung Verzicht geleistet werden muß, aber nur wenige vermögen sich von der alten Sitte freizumachen, die verlangt, daß die Frauen, um bei der „öffentlichen Meinung“ nicht Anstoß zu erregen, bei jedem Trauerfall in der Familie gewaschen sind, ein ganzes Jahr lang schwarze Kleider zu tragen. Den Männern fällt es bekanntlich nicht ein, sich solchen Zwang aufzuerlegen, und sie tun sehr wohl daran. Wird nun aber wohl jemand im Ernst behaupten wollen, daß die Männer ihren verstorbenen oder im Kriege gefallenen Angehörigen deshalb weniger nachtrauern? Wie schwer wird es meist Frauen, die mit bescheidenen Mitteln rechnen müssen, sich mit Trauerkleidung zu verleben! Zumal wenn sie vielleicht eben erst unter den größten Schwierigkeiten die Kleiderfrage für Sommer oder Winter erledigt haben und nun sich sagen müssen, daß das viele Geld umsonst ausgegeben ist. In den Ländern, in denen noch Nationaltrachten üblich sind, findet man die schwarze Kleidung bei Todesfällen nicht. Die Leute gehen dort in ihrem Sonntagsstaat zur Leiche, und wer möchte behaupten, daß diese Leute den Verlust ihrer Lieben nicht ebenso tief empfinden als wir in unsern schwarzen Kleidern? Das schwarze Kleid nützt weder den Lebenden noch den Toten, kostet viel Geld und hat mit der Trauer des Herzens gar nichts zu tun. Zudem aber ist es gerade jetzt ein unnötiger Luxus, wie alles, was über das notwendige verdrängt wird.

O Bei Eisenbahnfahrten warm anziehen. Wie im vorigen Winter, so muß auch während des kommenden Winters die Heizung der Büge aus Mangel des hierzu nötigen Materials eingeschränkt werden. Wie bereits bekanntgegeben, können nur die Fernverkehrszüge geheizt werden, jedoch kann auch bei ihnen nicht immer auf ausreichende Heizung wie in Friedenszeiten gerechnet werden. Die Staatsbahnverwaltung richtet daher an das reisende Publikum die dringende Aufforderung, sich bei kälterem Wetter soweit möglich, ausreichend mit Winterschuhen und Decken zu versehen.

O Theater für Schwerhörige. Im Berliner Komödienhaus ist eine eigenartige Einrichtung getroffen worden, die Schwerhörigen das Verstehen des auf der Bühne Gesprochenen erleichtern soll: gewisse Plätze sind nämlich durch Fernsprecheinrichtungen mit dem Proszenium verbunden. Eine ähnliche Anlage gedenkt auch das „Neue Theater“ in Frankfurt a. M. zu schaffen.



Osram
Die bewährte
Glühlampe

Auer-Gesellschaft, Berlin O 17

Die Grippe. In Berlin ist die Epidemie an scheinend im Abflauen begriffen. Die Berliner Allgemeine Ortskrankenkasse verzeichnet für Sonntag und Montag Neuerkrankungen im ganzen 1617, davon an Grippe 1124, an Lungenentzündung 26. Todesfälle wurden gemeldet im ganzen 46, davon an Grippe 22, an Lungenentzündung 16. Vor einer Woche ungefähr konstatierte die Kasse noch an einem Tage allein etwa 1800 Erkrankungen mit 1400 bis 1500 Grippefällen. Bedenklich lauten dagegen immer noch die Nachrichten aus manchen Teilen des Reichs. Die Grippeepidemie hat in Hamburg noch kaum abgenommen, und die Zahl der Todesfälle, besonders an Lungenentzündung ist in der letzten Woche sogar noch gestiegen. Die Zahl der Todesfälle in der letzten Woche erreichte eine Höhe, wie sie in Hamburg seit der Choleraepidemie im Jahre 1892 nicht mehr vorgekommen ist. In der Oberlausitz nimmt die Grippe an Zahl und Schwere zu. Die Amtshauptmannschaft Löb u hat für eine Anzahl Landgemeinden ein Verbot aller öffentlichen Versammlungen einschließlich der Gottesdienste erlassen. Ein gleiches Verbot wurde für die Amtshauptmannschaft Zittau erlassen. Unterricht und öffentliche Veranstaltungen ruhen in sämtlichen Städten und Dörfern. In Aachen haben die Grippeerkrankungen dagegen bedeutend abgenommen. Am 21. Oktober mukteten noch 271 Erkrankungen festgestellt werden, am 25. Oktober nur noch 103 Fälle.

Kriegsbeschädigter ist keine Standesbezeichnung. In Gesetzen, Urkunden und Akten findet sich noch immer die Bezeichnung „Kriegsbeschädigter“ als Standesbezeichnung. Dieses Verfahren steht in Widerspruch mit dem allgemein anerkannten Bestreben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Kriegsbeschädigten sobald als möglich wieder den gesunden Kräften unseres Volkes gleichzustellen und einzugliedern. Zur Erreichung dieses Zieles wird es beitragen, wenn dem Namen lediglich die im bürgerlichen Leben übliche Berufs- und Standesbezeichnung beigelegt wird, statt daß die Bezeichnung „Kriegsbeschädigter“ ersetzt wird.

Bahnpostwagen verbrannt. Auf der Straße Bosen-Breslau ist in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober ein mit Einzelpersonen vollbeladener Bahnpostwagen, der mit 7 Beamten besetzt war, in Brand geraten und völlig ausgebrannt. Die begleitenden Beamten konnten nur mit Mühe das nackte Leben retten.

Einzichung der Halbmarkstücke. Die bekanntlich durch neue Stücke aus anderem Metall zu erlegenden Halbmarkstücke verlieren, worauf hingewiesen sei, mit dem 31. Dezember ihre Eigenschaft als öffentliches Zahlungsmittel. Sie werden später nur noch von Staats- und ähnlichen Kassen angenommen.

Pferderennen wegen der Grippegefahr verboten. Im Interesse wirksamer Bekämpfung der Grippe erließ die niederösterreichische Statthalterei auf Grund eines Antrages des niederösterreichischen Landesgesundheitsamtes Befehl, wonach die Abhaltung von Pferderennen bis auf weiteres verboten wird.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)

30. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Ebniederung, zwischen der Eys und Schelde bei Samars und Engle-Fontaine wurden heftige Teilangriffe des Gegners abgewiesen. Das englische Feuer gegen die Vorposten von Tournai und die Orte in der Schelde-Niederung forderte wiederum erhebliche Opfer unter der Bevölkerung.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Duse-Kanal schloßerten am frühen Morgen heftige feindliche Angriffe. Nach starkem Artillerie-Kampf nahm der Franzose zwischen Nijle Comte und der Aisne, unter Einsatz zahlreicher Panzerwagen, seine Angriffe wieder auf. Die in den schweren Kämpfen der letzten Tage bewährten Truppen der Armeen der Generale v. Eberhardt und v. Below haben auch gestern wieder einen vollen Erfolg in der Abwehr errungen. Sie schlugen den Feind auf der 18 Kilometer breiten Front völlig zurück. In den Kämpfen am Nordrande von Klein-Quentin zeichneten sich das Brandenburgische Leibgrenadier-Regiment Nr. 8 östlich von Benogne, das Westfälische Infanterie-Regiment Nr. 53 auf den Aisne-Höhen, das Mecklenburgische Füsilier-Regiment Nr. 90 besonders aus. Teile der Stellungen nordwestlich von Herpin, die vorübergehend verloren gingen, wurden im Gegenangriff wieder genommen. In den Abendstunden stieß der Feind zu heftigen Teilangriffen vor, die überall vor unseren Linien scheiterten. Der Franzose hat gestern schwere Verluste erlitten. Zahlreiche Panzerwagen wurden zerstört.

Beiderseits von Bouziers und östlich der Aisne zeitweise Artillerie-Kampf.

Wir schossen gestern 27 feindliche Flugzeuge und 6 Fesselballone ab. Leutnant Dörer errang in den letzten Tagen seinen 31., 32., 33. und 34. Leutnant Frommherz seinen 30. Luftsieg.

Der Chef des Generalstabs des Feldheeres.



Zeichner die Kriegsanleihe!

Kühlmann
als künftiger Unterhändler für den Frieden.

Berlin, 30. Okt. (TU) Von recht gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß man an maßgebender Stelle beabsichtigt, an die Spitze der von Deutschland zu den Friedenskonferenzen zu entsendenden Unterhändler den früheren Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Kühlmann, zu stellen.

Die Ernennung Gröners.

Berlin, 30. Okt. (TU) Wie die „Berl. N. N.“ erfahren, ist Generalleutnant Gröner in Berlin eingetroffen und hat, nachdem er sich beim Kaiser gemeldet, mit dem Reichskanzler und einzelnen Mitgliedern des Kriegskabinetts Rücksprache genommen. Generalleutnant Gröner wird ausschließlich die Geschäfte des Ersten Generalquartiermeisters übernehmen, also als Gehilfe Hindenburgs, der die militärischen Gesamtoperationen leitet, tätig sein. Die Abreise Gröners ins Große Hauptquartier steht heute in Aussicht.

Erzberger der Leiter des Kriegspressenamts.

Berlin, 30. Okt. (TU) Der Reichskanzler hat gestern eine Verfügung unterzeichnet, wonach der Staatssekretär Erzberger als Stellvertreter des Reichskanzlers mit der Kontrolle des Kriegspressenamts betraut wird.

Die Anklage- und Verteidigungsschrift des Fürsten Lichnowsky freigegeben.

Berlin, 30. Okt. (TU) Wie die „Morgenpost“ hört, ist die bekannte Anklage- und Verteidigungsschrift des Fürsten Lichnowsky freigegeben worden.

Eine Eingabe der Konservativen an den Reichskanzler.

Berlin, 30. Okt. (TU) Die konservative Fraktion des Reichstags hat dem Reichskanzler eine Eingabe überreicht, in der sie bittet, die Verhandlungen abzubrechen, wenn die bevorstehende Antwort der feindlichen Mächte Bedingungen stellt, die die völlige Unterwerfung und Wehrlosmachung bedeuten. Die Fraktion bittet ferner für diesen Fall alle verfügbaren Kräfte der Heimat an die Front zu bringen, und die Heimat selbst zum letzten nationalen Verteidigungskampf aufzurufen. Schließlich wird der Wunsch ausgesprochen, daß der Kaiser in Einklang mit der bestehenden Reichsregierung sich an die Spitze des nationalen Verteidigungskampfes stellt.

Die Bedingungen des Versailler Kriegsrates aufgestellt.

Genf, 30. Okt. (TU) Wie verlautet, ist sich der Versailler Kriegsrat, dem die von Wilson übermittelte deutsche Note und seine Anfrage seit Mittwoch vorlag, bereits über die Bedingungen des Waffenstillstandes schlüssig geworden. Die Uebermittlung ist eine Frage der nächsten Tage.

Die Haltung der französischen Sozialisten.

Genf, 30. Okt. (TU) Die Sozialisten haben sich in der Kammer entschieden. Der Abgeordnete Mayeras hat der Regierung mitgeteilt, daß er sie über den genauen und konkreten Sinn interpellieren will, den die Regierung der Wilsonschen Antwort vom 23. Oktober beilegt.

Der Umsturz in Ungarn.

Budapest, 30. Okt. (TU) Gestern Abend ist ein Sonderzug der Staatsbahn mit den Offizieren ungarischer Nationalität sowie mit den ungarischen Eisenbahnbeamten, die sich weigerten, in Agram zu bleiben, nach Budapest abgegangen. Die Unruhen im slawonischen Gebiet haben sich vergrößert. Die Stadt Lásice steht in Flammen.

Plünderung eines Waffendepots durch Arbeiter.

Budapest, 30. Okt. (TU) Hier haben die Arbeiter gestern ein Waffen-Depot geplündert. Mehr als 3000 Arbeiter haben sich mit Manlicher-Gewehren und entsprechender Munition versehen. Für heute Abend werden Ausschreitungen erwartet.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Die Auszahlung der Mietsunterstützung findet Freitag, den 1. November, nachmittags von 3–5 Uhr auf Zimmer Nr. 4 des Rathauses statt.

Herborn, den 30. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Obst-
bäume

Kern-, Stein- und Beerenobst in allen Formen und erstklassiger Ware.

Coniferen und Alleeobäume sowie sonstige Baumschulartikel.

C. Lohse, Baumschulen und Gärtenbaubetrieb Kirchen an der Elbe.

— Neueste Preisliste kostenlos. —

Milchseparatoren, Buttermaschinen, Wendepflüge aller Art, Obstpressen, Rübenschnneider, Brockelmühlen, Futterschneidmaschinen, Räucherapparate (Qualm)
Sofort ab Lager lieferbar.
Reparaturen aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Autogen-Schweißung d. kompliziertesten Brüche
Filterfabrik Roth (Dillkreis).

Bekanntmachung.

Wegen der zahlreichen Erkrankungen unter den Beamten des Fahrdienstes und zur Bewältigung des durch die Anforderungen der Heeresverwaltung und die Rüstungsmittelversorgung der Bevölkerung zur Zeit stark angewachsenen Militär- und Güterverkehrs fallen nachstehende Züge vorübergehend aus:

1. Vom 30. 10. ab Pz. 637 (W) Eitorf ab 294 N. Troisdorf an 246 N. Pz. 644 (W) Troisdorf ab 1282 N. Eitorf an 114 N.
2. Vom 1. 11. ab Pz. 83 Beßdorf ab 645 N. Köln an 831 N. Pz. 84 Köln ab 846 N. Beßdorf an 1040 N.
3. Vom 2. 11. ab Nachgg. 643 (Sonntags) Herborn ab 859 N. Beßdorf an 1099 N. Vorgg. 638 (Sonntags) Köln ab 290 N. Eitorf an 410 N. — Die schon früher ausgefallenen Pz. 651 Gießen ab 545 N. Köln an 947 N. und 652 Köln ab 800 N. Gießen an 1200 Mitt. werden auch weiterhin nicht befördert.

Um eine Ueberlastung der noch verbleibenden Züge zu vermeiden, wird wiederholt und auf das dringendste ersucht, alle nicht unbedingt nötigen Reisen zu unterlassen, da andernfalls noch einschneidendere Maßnahmen zur Einschränkung des Personenverkehrs nicht zu vermeiden sind.

Je mehr sich das Publikum in seinen Reisen beschränkt und dadurch mithilft, das durch die Einschränkung erstrebte Ziel zu erreichen, je eher wird es möglich sein, die Beschränkungen zu mildern oder ganz aufzuheben. Ebenso hängt es von der Selbstbeschränkung des Publikums ab, ob die Zahl der zu den einzelnen Zügen zu verausgabenden Fahrkarten von vornherein ein für allemal festgesetzt wird. Jedenfalls wird aber schon jetzt der Verkauf sofort eingestellt und die Bahnsteigsperrung geschlossen, sobald eine betriebgefährliche Uebersetzung befürchtet ist. Gleichzeitig wird unter Hinweis auf die Allg. Ausführungsbestimmungen 5 (2) zu § 16 der Eisenbahnverkehrsordnung angeordnet, daß die Fahrt am ersten Tage der Geltungsdauer der Fahrkarten angetreten werden muß.

Königl. Eisenbahndirektion Frankfurt (Main).

Einige

Frauen oder Mädchen

für die Stiftenpackerei gesucht.

W. Ernst Haas & Sohn,
Neuhoffnungshütte bei Sinn.

Mädchen Kontoristin,

zum baldigen Eintritt gesucht.

Hotel zum Ritter.

Erfahrenes Hausmädchen

sucht
Frau Justizrat Grünwald,
Gießen Liebigstr. 19.

Kleine, aus 2 Personen bestehende Familie sucht

3-Zimmerwohnung

mit Küche und Zubehör.

Emma Ernst, Lüttau 1.

Särge

eichen, kiefern, Zink-
särge stets auf Lager.
Uebernahme von Ueberführungen.

Louis Krauskopf,
Dillenburg.

Bettmöbel

Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.
Verandhaus Wohlfahrt,
München 707, Isabellastr. 12.

zuverl. u. treu, mit schönem flott. Handschr., in Stenogr. u. Schreibm. (Adler) völlig firm., sicher in Konto-Führung, für ein Kontor in Dillenburg zum 1. od. 15. Dezbr. gef. Bewerb. mit Zeugnis-Abscr. unt. N. 3. 3724 an die Geschäftsstelle der Dillzeitung, Dillenburg.

Kirtenhund

zu verkaufen.

Karl Peter,
Niederscheld b. Dillenburg.

Wachamer Kofhund

gesucht.

Brauerei Schramm,
Herborn.

Jauchepumpen

Rübenschnneider

empfiehlt W. Wagner,
Oberfeld.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Tode unseres lieben Vaters, sowie für die zahlreichen Blumenpenden herzlichen Dank. Ganz besonders gilt derselbe Herrn Pfarrer Weber für die trostreichen Worte am Grabe.

Herborn, den 29. Oktober 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Euler.